Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

☄: Politische Briefe. I. : Die Reichstagseröffnung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Politische Briefe.

I.

Die Reichstagseröffnung.

Der Eindruck der Thronrede ist ein außerordentlich starker gewesen, weit stärker, als er in den Aeußerungen der Presse sich bis jetzt spiegelt. Man war überrascht, in hohem Grade überrascht durch das Schreiben des Reichskanzlers vom 15. Dezember. Man ist noch weit mehr überrascht durch den starken Ton, mit welchem die Thronrede den Standpunkt des Schreibens nicht nur wiederholt, sondern ihn zugleich weiterführt. Man ist beinahe befremdet, daß dieses kühne Programm einer neuen Wirthschaftspolitik auf die Lippen unseres ehrwürdigen Kaisers gelegt worden. Man war auf dies Alles auch durch das Schreiben vom 15. Dezember nicht vorbereitet. Kein Wunder, daß die politischen Parteien, soweit sie nicht von vornherein auf der Seite des Reichskanzlers stehen, sich noch in keiner Weise zu orientiren vermögen. Es fehlt nicht an Stimmen heftiger Opposition, aber diese Stimmen entbehren zugleich jeglicher Zuversicht. Die Schlacht ist noch nicht geschlagen, hat noch nicht einmal begonnen und gilt schon für verloren. Sollte diese Stimmung nicht dahin führen, anstatt des Kampfes lieber den Ausgleich zu suchen? Ja, wenn nur zum Ausgleich, das heißt doch zum Verlassen einer Position, in der man sich ganz unnütz eingenistet und hat einnisten lassen, nicht Manövrirkunst gehörte, gerade wie zum Rückzug aus einer zu weit vorgeschobenen militärischen Position. Manövriren aber kann nur ein Führer, und unsere parlamentarischen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, haben keine Führer oder höchstens dem Namen nach.

Für die Entscheidung über die Zoll- und Steuerreform im Reichstage kommen die drei großen Parteien in Betracht: das Zentrum, die vereinigten Konservativen und die Nationalliberalen. Das Zentrum befindet sich diesmal in einer außerordentlich günstigen Lage. Es kann den Plänen des Reichskanzlers zustimmen, kann dadurch den Ausgleich mit Rom, wenn dies den Führern des Zentrums opportun erscheint oder ihnen auferlegt wird, fördern,

ohne der Vergangenheit der Partei etwas zu vergeben, ohne einer Schwenkung geziehen werden zu können. Denn das Zentrum war immer schutzzöllnerisch durch die Beschaffenheit seiner meisten Wahlkreise in fabrikreichen Gegenden Schlesien's, Westphalen's, des Rheinlandes und der süddeutschen Staaten. Schon jetzt erklären die Organe des Zentrums, sie würden der Zollreform des Reichskanzlers zustimmen und nur darauf achten, daß der Erfolg für die Reichsfinanzen, namentlich für die Finanzgewalt der Reichsregierung nicht zu günstig sei. Man will also die Schutzzölle, soweit solche in Frage kommen, man will die Finanzzölle, soweit sie eine schützende Nebenwirkung versprechen oder zulassen, annehmen, man wird vielleicht auch reine Finanzzölle ohne jegliche Nebenwirkung, wenn dergleichen überhaupt auffindbar sind, nicht ablehnen. Man will dagegen Schwierigkeiten machen bei der Reform innerer indirekter Steuern, wenn sie lediglich dafür unternommen wird, dem Reich ergiebigere Einnahmen zuzuführen. Dies der Standpunkt des Zentrums und zwar, wohl gemerkt, der vorläufige Standpunkt. Denn hat man in einen veränderten, wenigstens theilweise nach den Gesichtspunkten des Schutzes gestalteten Tarif gewilligt, so kann man es nicht ablehnen, wenigstens gewisse indirekte Steuern, z. B. die Tabaksteuer, dem neuen Eingangszoll entsprechend zu gestalten. Der Kampf des Zentrums würde sich also beschränken auf den Grad der Einträglichkeit dieser Steuern, den man zu erniedrigen suchen würde, und zweitens auf die Dispositionsbefugniß der Reichsregierung, die man doch im wesentlichen nicht weiter, als die Verfassung bereits vorschreibt, an die Voten des Reichstags binden könnte. Das Zentrum ist also in dieser Frage kein gefährlicher Gegner und wird es unter gewissen Umständen nicht einmal sein wollen.

Wenden wir uns jetzt zu den Konservativen. Unter den Freikonservativen befinden sich nicht nur die überzeugtesten Anhänger, sondern auch die begabtesten Wortführer der schutzzöllnerischen Richtung, die im Reichstag überhaupt vorhanden sind. Unter den Altkonservativen dagegen fehlt es nicht an gewohnheitsmäßigen Anhängern des Freihandels, theils solchen, welche der bisher verbreiteten Ansicht noch huldigen, die Landwirthschaft habe ein der Industrie entgegengesetztes Interesse, theils solchen, welchen das mit der Freiheit des Getreidehandels eng zusammenhängende Gedeihen der Ostseehäfen am Herzen liegen mag. Dennoch wird man sagen können, daß die Mehrzahl auch der bisher freihändlerisch gesinnten Konservativen den neuen Weg der Zoll- und Steuerpolitik einschlagen wird, den der Reichskanzler führt. Es ist dies zu erwarten theils von dem gouvernementalen Instinkt konservativer Männer, theils von der besseren Einsicht in die gleichartigen Bedürfnisse der Industrie und Landwirthschaft, theils von der in dem neuen System liegenden besonderen

Förderung der Landwirthschaft, welche den Ausschlag geben wird gegen das Interesse der blos vermittelnden Funktion des Getreidehandels.

Wir kommen nunmehr zu der Partei der Nationalliberalen. Unter den hervorragenden Mitgliedern derselben sind einige, welche aus der Verbreitung und Vertheidigung der Freihandelsdoktrin eine Profession gemacht haben, keineswegs durch eigene materielle Interessen, sondern durch deutsche Liebhaberei an der Propaganda irgend einer Doktrin bestimmt. Die Mehrzahl der Nationalliberalen sind Anhänger des Freihandels gewesen, weil sie die Richtigkeit der Freihandelslehre für ausgemacht hielten, weil sie darin eine wissenschaftliche Wahrheit sahen, deren Verwirklichung sich nur Befangenheit, Zufall und Egoismus entgegensetzen, die aber eines der Ideale wahrer Menschheitbeglückung bleibe. Gerade diesen Männern wird der Anschluß an die Politik des Reichskanzlers diesmal schwerer als je. Die Thatsache könnte Wunder nehmen, denn man sollte meinen, es müsse schwerer sein, in einer politischen und Freiheitsfrage wie bei dem Sozialistengesetz nachzugeben, als bei einer Maßregel von vollkommen technischer Natur. Hier kommt nun das deutsche Unglück, aus technischen Doktrinen, wie den Lehren der Nationalökonomie, eine Herzenssache, ein Dogma zu machen, von dem nicht das irdische, sondern das Seelenheil abhängt. Nun, man würde am Ende das Dogma fallen lassen, aber man verlangt eine regelrechte Disputation, eine vollständige Bekehrung, zu der eine Reihe Disputationen, womöglich neu enthüllte Thatsachen und jedenfalls eine lange Zeit gehören würden. Jetzt soll man die Umkehr von einem Dogma, zu dem man sich bekehrt hat, dem man mit allem Eifer der Neubekehrten angehangen, freilich ohne jemals den Stoff zu durchdringen, binnen wenigen Wochen vollziehen. Das ist grausam. Und doch sagt man sich: trennt man sich nicht, so wird man zum Märtyrer für eine Lehre, die möglicherweise bald von aller Welt verleugnet wird. Denn von allen, die jetzt noch der Fahne des Freihandels folgen, tragen doch nur wenige die Ueberzeugung im Kopfe, daß die Sache so unbedingt richtig sei. Man fühlt sich bereits von der Mehrheit der Nation verlassen, man sagt sich, daß bei einer durch Opposition in der Zollfrage veranlaßten Auflösung die mit dem Freihandel identifizirte nationalliberale Partei wahrscheinlich stark zusammenschmilzt. Also um einer Tendenz willen, die mit dem Wesen der Partei nicht zusammenhängt, die innerhalb der Partei bisher als eine technische, die Parteizugehörigkeit nicht bedingende Ansicht gegolten. Man wäre also im Grunde des Herzens nicht abgeneigt, sich bekehren zu lassen; nur daß die Bekehrung so rasch, so diktatorisch vor sich gehen soll, empfindet man als Grausamkeit.

Hier könnte der Partei ein geistig gewandter, die Sachen objektiv durchdringender Führer aus der Verlegenheit helfen. Ein Führer, der im Stande

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wäre, nicht den neuen Grundsatz, den der Reichskanzler aufstellt, und der nicht ernsthaft zu widerlegen ist, sondern die konkreten Vorschläge, welche an den Reichstag gelangen werden, zu prüfen, aber unbefangen und im vollen Interesse der Sache zu prüfen, mit voller Würdigung der wirthschaftlichen Situation unseres Volkes. Ein solcher Führer würde seiner Partei zeigen, daß es sich um keine der beiden Abstraktionen, Freihandelsystem oder Schutzzollsystem, in der gegenwärtigen Lage Deutschland's handeln kann, sondern um ein dieser Lage angepaßtes System, das weder schutzzöllnerisch noch freihändlerisch, sondern geeignet ist, gewisse Gefahren des nationalen Produktionsstandes abzuwenden, vor denen die abstrakte Freihandelslehre freilich immer willkürlich die Augen verschließt; andererseits aber darum, dem Reiche diejenigen Einnahmen zuzuführen, ohne die es eine wahrhafte Existenz auf die Dauer nicht führen, ohne die es zum hohlen, verspotteten Schatten, wie das alte Reich in seinen letzten trübseligen Perioden, zusammenschwinden muß. Aber die nationalliberale Partei hat keinen solchen Führer. Männer von so trefflicher und bewährter Gesinnung, wie der Vertreter Leipzig's, können das Mißtrauen gegen den neuen Weg noch nicht überwinden und den Zusammenhang der Gedanken des Kanzlers noch nicht durchschauen. Andere, wie Miquel, stellen sich dem Programm eklektisch gegenüber, noch andere verhalten sich in einer Weise ablehnend, die sie nächstens unter die Fahne des Herrn Eugen Richter führen kann. Der Mangel des deutschen Parlamentarismus, der in der Fiktion liegt, es könne große Parteien geben, die Kopf für Kopf aus freien Stücken in allen Stücken übereinstimmen oder die Uebereinstimmung nach einiger Ueberlegung in allen Fällen erreichen, tritt diesmal so grell wie bisher noch nicht zu Tage. Das englische Beispiel wird nachgerade werthlos für unser deutsches Staatsleben. Wenn aber einer Partei die Rolle einer regierenden Partei England's immerdar vorschwebt, so sollte sie sich vor Allem klar machen, daß die Einheit der Partei nur zu erhalten ist, wenn die Mehrheit der Mitglieder gerade in kritischen Momenten sich unter dem Entschluß der Führung zu resigniren weiß. Die Gefahr ist vorhanden, daß die nationalliberale Partei sich durch ökonomische Gegensätze spaltet, und noch schlimmer wäre es, wenn sie gemeinschaftlich einen falschen Weg ginge, etwa den Weg der Opposition aus Gesichtspunkten des parlamentarischen Machtstrebens. In diesem Falle würde die Einigkeit gerade bis zur Auflösung dauern. Bei der Wahl würden die ökonomischen Gegensätze in ihr Recht treten und dem Zerfall der Partei ein schlimmeres Ansehen geben, als wenn eine Trennung im Parlament einträte, die füglich noch geheilt werden könnte. Alles kommt also darauf an, ob die Partei noch zur rechten Zeit den Weg zum Verständniß der Gedanken des Kanzlers findet, von deren Zielen man sich aus Groll jetzt ein vielfach ent-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stelltes Bild macht. Zum Theil aus Groll, zum Theil aber freilich auch aus Mangel an Erkenntniß. Diesen Mangel behauptet man nicht verschuldet zu haben, man wirft vielmehr den Vorwurf, seine Pläne den Freunden des Reiches ebenso zu verhüllen, wie den Feinden desselben im äußeren Kampfe, auf den Kanzler. Ist dieser Vorwurf aber wohl begründet, und beruht er nicht zum Theil auf einer Forderung, die einen merkwürdigen Mangel an Ueberlegung und an Klarheit über das Ziel anzeigt, worauf es ankommt? Die nationalliberale Partei, das fühlt sie selbst, wird den Gang des Kanzlers nicht aufhalten, so wenig sie ihn als damalige Opposition im Jahre 1866 aufgehalten hat. Aber sie fühlt auch, daß diesmal nicht wie damals Sieg und Versöhnung in sieben Tagen entschieden sein können. Sie fühlt, daß der Riß zwischen ihr und dem Kanzler, wenn er leichtsinnig gemacht würde, sie von dem Kanzler wahrscheinlich für die ganze, diesem außerordentlichen Mann von der Vorsehung noch zugedachte Laufbahn trennen würde. Es wäre dies aber ein Schade nicht nur für eine Anzahl patriotischer und verdienter Männer, sondern für den Theil der Nation, dessen geistige Beziehung zu dem Kanzler durch jene Männer vermittelt wurde. Und dieser Theil der Nation ist ein sehr wichtiger, wenn er auch bei weitem nicht stark genug ist, in der bei einem solchen Bruch sich vollziehenden Krise den Ausschlag zu geben. Deshalb sollte der Bruch abgewendet werden, und die Mittel dieser Abwendung bedürfen einer sorgfältigen Erwägung.

Rußland und die Russen.

Von H. v. Clausewitz.

II.

Trotz tiefgreifender Reformen trägt die heutige russische Verwaltung im Großen und Ganzen den Stempel der Zeit aus Peter's und Katharina's Tagen. Peter stürzte die letzten Reste der alten autonomen russischen Gemeindeverfassung. Ursprünglich bestand die Verwaltung einfach in der Besetzung der obersten Verwaltungsstellen historisch zusammengehöriger Landestheile durch Wojewoden, d. i. vom Czar eingesetzte Beamte, welche ihrerseits wieder die unteren Beamten ernannten und dem Czar für Erledigung der Steuer- und der Rekrutenfrage, damals der einzigen Regierungssorgen, hafteten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG